A27-Neu Direkte Demokratie unterstützen statt stutzen

Gremium:	Landesvorstand GJ+Bina Braun
Beschlussdatum:	12.09.2023
Tagesordnungspunkt:	5 Anträge

Antragstext

Bürger*innenbegehren und -Entscheide sind für uns unverzichtbare Instrumente der direkten Demokratie. Die Möglichkeit, aus der Zivilgesellschaft heraus eine wirksame Kritik am Handeln der Entscheidungsträger*innen zu äußern, Entscheidungen etwas auf demokratische Weise entgegenzustellen und eigene Positionen wirksam in politische Prozesse einzubringen, ist gelebte Demokratie und trägt zur politischen Debatte um - insbesondere konkrete kommunale - Anliegen bei.
Daher sind die Änderungen bei den Bürger*innenbegehren und -Entscheiden ein für uns schmerzhafter Kompromiss, den wir kritisieren.
Wir Grüne hätten an den bestehenden Regelungen dazu nichts verändert.
Eine größer angelegte Teilhabe an demokratischen Prozessen beschädigt demokratische Prozesse nicht; es stärkt und legitimiert sie.
Als basisdemokratiusche Organisation mit einer Geschichte des zivilgesellschatlichen Protests von unten ist es unser Ziel, möglichst vielen Menschen Teilhabe an politischen Prozessen zu ermöglichen und so die Demokratie zu stärken.
Aus diesem Grund haben wir die Verankerung von Bürger*innenräten in die kommunale Verfassung und das Landesgesetz in den Koalitionsvertrag verhandelt – denn auch Bürger*innenräte sind ein konstruktives Element der Demokratie und können so gesellschatlichen Zusammenhalt und Beteiligung stärken.
Wir fordern von der Grünen Partei auf allen Ebenen, insbesondere in der Landtagsfraktion, sich für den Erhalt der Basisdemokratie als Grundlage unseres politischen Handelns einzusetzen.
Wir werden daher die Auswirkungen der aktuellen Änderungen aufmerksam beobachten und das Thema in unserem nächsten Landtagswahlprogramm wieder aufgreifen. Wir werden gleichzeitig für politische Mehrheiten kämpfen, die sich genau hierfür einsetzen.

Unterstützer*innen

Marcel Beutel (KV Ostholstein)